

Es gärt im Zentrum der deutschen Gesellschaft

Die Mitte erwartet inzwischen nichts mehr von der Politik

Ein Gastbeitrag des Parteienforschers Franz Walter

Vor gut einem Jahr hatte sich eine Gruppe Göttinger Politikwissenschaftler gemeinsam mit Forschern des Heidelberger Sinus-Instituts aufgemacht, um mit den üblichen Methoden der empirischen Sozialforschung Einstellungen und Werte, Ängste und Hoffnungen in den sozial abgehängten Schichten der deutschen Gesellschaft zu erkunden. Die Ergebnisse lösten seinerzeit eine erregte, kontroverse Debatte aus. Nun ist die Göttinger Forschergruppe, diesmal unter der konzeptionellen Regie der „Q-Agentur für Forschung“ aus Mannheim, erneut in eine bundesdeutsche Lebenswelt eingedrungen: nämlich in die „Mitte“ der Gesellschaft, genauer: in die nordrhein-westfälische Mitte zwischen Bielefeld und Köln - zunächst in den Zeiten des Wahlkampfs und schließlich während der Tage, die dem Wahlsonntag unmittelbar folgten.

Über die soziale und kulturelle Mitte in Deutschland wird seit einigen Jahren viel geredet und gemutmaßt. Erst in diesen Tagen war wieder prominent zu lesen, dass die Mitte in Deutschland schrumpft, dass sie vom Abstieg bedroht ist. Die neuen Recherchen können das nach dem Eindruck des Verfassers nur in Teilen bestätigen. Bemerkenswert scheint demgegenüber vielmehr das beträchtliche Zutrauen der Mitte in die eigenen Fähigkeiten.

Die Mitte präsentiert sich eher krisenerprobt und krisengestählt. Sie bekommt ihr Leben durchaus in den Griff, trifft Vorsorgen, lernt dort hinzu, wo es nötig ist, verändert sich dann, wenn Stagnation zur Gefahr werden könnte, schöpft währenddessen die nötige Kraft aus dem familiären Gefüge. Die Familie bildet somit wie eh und je den Nukleus aller Mitte-Mentalität im Mitte-Alltag. Exakt hier aber keimen auch die Hauptsorgen der Mitte-Eltern: Sie fürchten weniger den eigenen Abstieg; aber sie sind pessimistisch, was die Zukunft ihrer Kinder angeht. Noch düsterer erscheinen die Aussichten des bundesdeutschen Gemeinwesens schlechthin. Und rabenschwarz sieht es gar mit dem Fortgang der Politik aus.

Kühl und realistisch

Im Grunde erwartet die Mitte inzwischen nichts mehr von der Politik. Ohne große Emotionen, kühl und realistisch, setzen die Menschen im sozialen Zentrum voraus, dass der Raum für jeden Politiker - selbst wenn er besten Willens und von einiger Güte wäre - denkbar knapp bemessen ist. In der Woche nach den Landtagswahlen in NRW fand sich unter den Mittezugehörigen, die an der Erhebung teilnahmen, niemand, der freudige Erwartungen in eine der seinerzeit noch zirkulierenden Koalitionsvarianten gesetzt hätte. Der Tenor war ganz allgemein und fatalistisch: Wer auch immer künftig die Regierung bilden oder anführen mochte, gewichtige Auswirkungen für das eigene Leben und die Strukturen im Bundesland seien keinesfalls zu

erwarten. Auch Wähler der Sozialdemokratie aus diesem Spektrum der Mitte rechneten nicht mit einem wie auch immer identifizierbaren „Politikwechsel“, den die Spitzenkandidatin der SPD doch Tag für Tag in Aussicht stellte.

Über Wochen versuchten sich die Anführer der Parteien im Düsseldorfer Landtag mit listigen Schachzügen bündnispolitisch zu überbieten und auszustechen. Die Medien boten den Darstellungen darüber eine Menge Raum. Aber der viel umworbenen Mitte, den oft besungenen Leistungsträgern der Republik, waren und sind all diese Aufgeregtheiten und Winkelzüge rundum gleichgültig. Es tangiert sie im Gros nicht im geringsten.

Mitte-Menschen gestehen in ihrer Mehrheit unumwunden und fröhlich ein, dass sie von den Feinheiten der Landespolitik denkbar wenig verstehen. Mitte-Menschen leben durchaus gern in ihrer Region, zeigen verblüffend starke Heimatgefühle, aber sie sind die schärfsten Gegner des politischen Föderalismus. Das Leben ist aus ihrer Sicht sowieso stets komplizierter geworden, verlangt viel an Bewältigungsenergien ab - nicht zuletzt eben auf Grund der dominanten Sorge über die Zukunft des eigenen Nachwuchses.

Der Föderalismus bildet eine Art Chiffre für die immens belastende Komplexitätsmehrung und die Erschwernisse bezüglich einer guten Ausbildung der Kinder. Dass jedes Bundesland auf seine eigenen schulpolitischen Regeln pocht, damit familiäre Umzüge und Wohnungsverlegungen zum Risiko für die noch schulpflichtigen Töchter und Söhne macht - darüber kann sich die Mitte hochgradig erregen. Die Wut auf die CDU fokussierte sich in der NRW-Mitte während der letzten Monate auf eine Person: Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung. Sie, nicht so sehr Jürgen Rüttgers, war Zielscheibe etlicher Vorwürfe gegen die christdemokratisch geführte Landesregierung.

Der Stress in der Schule und an der Universität, selbst im Kindergarten, das Turbo-Abitur, die neuen Studiengänge: Das alles ist ein großes, zentrales Thema für die Mitte. Die Entfremdung, die sich im Bildungssektor zwischen gesellschaftlicher Mitte und der christdemokratischen Partei der Mitte in den letzten Jahren massiv herausgebildet hat, ist eklatant. Und mindestens ebenso eklatant und bezeichnend ist, dass die Politiker in der CDU diesen Entkopplungsprozess lange Zeit überhaupt nicht wahrgenommen haben. Die Mitte ist heute für Ganztagschulen, schätzt vorschulische Betreuungseinrichtungen und spricht sich für einen längeren Zeitraum gemeinsamen Lernens aus.

Dennoch: Einen neuen Mobilisierungsfaktor für Gesamtschulapologeten oder Entschleunigungspädagogen bildet die Mitte deshalb nicht. Wer ihr verspricht, den Druck aus der Schule zu nehmen, die Lerngeschwindigkeit zu drosseln, überhaupt sanftere Methoden im Unterricht einzuführen, darf mit aktiver Unterstützung keineswegs rechnen. Denn die Mitte-Eltern fürchten, dass ihre Kinder so fortan ins Hintertreffen geraten, dass sie im erbarmungslosen Wettkampf mit anderem Nachwuchs auch anderer Nationen unterliegen - und somit in der harten Konkurrenz um Chancen und Positionen für das gesamte weitere Leben auf der Strecke bleiben.

Sorge um Perspektive der Kinder

Mitte-Eltern sind zwar aus allerlei pragmatischen Gründen - und weil die Rezeption der von ihnen aufmerksam verfolgten Pisa-Debatten dergleichen nahe legt - keine entschiedenen Befürworter des überlieferten dreigliedrigen Schulsystems, aber zu groß darf der Anteil von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen in den Klassenräumen der eigenen Sprösslinge auch nicht sein. Sonst würde die Mitte nach wie vor auf die Barrikaden gehen. In der Sorge um die Lebensperspektive ihrer Kinder reagiert die Mitte weiterhin elementar, wenn es denn sein muss militant. Indes: Das gesellschaftliche „Unten“ ist in diesen Monaten nicht der negative Adressat des Argwohns in der Mitte, ist nicht die Projektionsfläche für Unmut und Verdrossenheit.

Das war noch vor einigen Jahren anders. In früheren Erhebungen stieß man schnell auf Negativparolen wie „Sozialschmarotzer“, „Drückeberger“, „Arbeitsscheue“ in Bezug auf die Unterschicht, die auf Kosten der Fleißigen, diszipliniert Tätigen der Mitte lebte. Davon war im Frühjahr 2010 nicht mehr die Rede. Die Attacken von Westerwelle aus den Februartagen sind hier, wo zweifelsohne die Zielgruppe des FDP-Chefs zu lokalisieren ist, ohne Resonanz oder Zuspruch geblieben. Die Mitte hat derzeit einfach nicht den Eindruck, dass hauptsächlich Missbrauchsverhalten von unten die sozialen Systeme und das finanzielle Gerüst der Republik gefährdet.

Und mindestens ebenso wichtig: In der Mitte wächst die Bangigkeit, dass die eigenen Kinder es beruflich nicht schaffen könnten, infolgedessen nach unten fallen mögen, am Ende gar von sozialen Transfers leben müssen. Das wäre der Super-Gau für die strebsame Mitte, für die ein Scheitern auf dem Gymnasium oder an der Hochschule als schlimme Blamage gilt, die man im eigenen Umfeld möglichst nicht offenbart. Infolgedessen schwadroniert die Mitte nun nicht mehr ungehemmt über „Sozialschmarotzer“, da man unterschwellig spürt, dass das einst so ferne Stigma näher und näher kommt, peu à peu in die lange so sicher erscheinende familiäre Wagenburg einzudringen droht.

Der Gegner der Mitte siedelt nunmehr oben in der gesellschaftlichen Hierarchie. Mittig im Sinne von maßvoll, konservativ und vorsichtig ist die reale Mitte des Jahres 2010 nicht mehr, jedenfalls soweit die Rede auf Konzernchefs, Banker, Finanzjongleure etc kommt. Bei diesen Themen argumentiert ein Großteil der Mitte inzwischen radikaler als die Gabriel-SPD. Die Verstaatlichungslosung ist für die Mitte längst kein Tabu mehr. Hier will man nicht mehr akzeptieren, dass Gewinne privatisiert, Verluste der Unternehmen hingegen sozialisiert werden. Und die Majorität der Mitte tritt für ordentliche Mindestlöhne ein, geißelt das Prinzip der Leih- und Zeitarbeit Gerade diejenigen in der Mitte, die älter als 45 Jahre sind, hadern mit den „Sozialreformen“ der letzten Jahre. Sie erkennen darin nicht mehr die Räson ihres bisherigen Lebens, das Grundgesetz der Sozialpartnerschaft, das Versprechen der bundesdeutschen Republik von Fairness, Anstand, Verlässlichkeit, Menschlichkeit.

Der ältere Teil der Mitte hat mehr und mehr das Gefühl, dass es nicht mehr seine Gesellschaft ist, in welche er seit den Schröder-Jahren hineingeführt wurde Dass Ersparnisse durch die Hartz-Gesetzgebung in Gefahr gerieten,

hat diesen Teil der Mitte ins Mark getroffen. Die Mitte war immer bereit, Verantwortung zu übernehmen für sich, aber auch für andere aus dem Nahbereich. Dafür besaß die Mitte klar definierte Maßstäbe, die als verbindliche Orientierungsmarken eines vernünftigen Zusammenlebens zur Verfügung standen. Hier sieht die Mitte den größten Schwund der letzten Jahre: Viele Kriterien gelten nicht mehr, bewährte Routinen und ordnende Muster haben ihre Gültigkeit verloren, die Zukunftsstrecken in den Biographien wirken unkalkulierbarer als in früheren Jahren.

Kein Held in Sicht

Und aus dieser durch Unsicherheit geprägten Gefühlslage fließt der größte der eigentlich Unmut an der Politik, den Parteien und Parlamentariern. Die Mitte stellt durchaus keine hohen Anforderungen an die politische Aktionsfähigkeit; sie weiß um die Restriktionen nationaler Politik. Aber sie nimmt den Politikern Übel, dass sie der Orientierungsdiffusion gar noch zuarbeiten, dass fast die gesamte politische Klasse nach der Maxime handelt: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern.“

Die Indifferenz gegenüber Prinzipien, Werten, Grundsätzen wird, so die bittere Bilanz der Mitte, von der Politik geradezu vorgelebt. Und dadurch breitet sich das normative Vakuum aus, in dem der Einzelne nur noch schwer verantwortlich handeln könne. Der politische Held der Mitte wäre derjenige, der deutlich die Probleme dekliniert, der den Vierklang aus Analyse, Lösungswege, Instrumente und Ziel stringent verknüpft und exakt in dieser Schrittfolge vorgeht. Doch diesen Typus sehen sie nicht. Und sie erkennen auch nicht, dass in den gewachsenen, mittlerweile deformierten Strukturen Vernünftiges noch entstehen könnte.

Und das ist neu in der Erhebung des Jahres 2010: Die Mitte träumt von einer neuen Stunde Null. Die Mitte, die sonst gern wahren und tradieren möchte, sehnt sich nach dem Bruch, nach einem radikalen Neuanfang der politischen Institutionen. Tatsächlich: Es gärt im Zentrum der deutschen Gesellschaft.

Weser Kurier vom 10.06.2010

Der Autor

Franz Walter (Jahrgang 1956) ist Professor für Politische Wissenschaften in Göttingen. Er wurde vor allem für seine Parteienforschung bekannt.